

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2016

www.kas.de/kroatien

www.kas.de

2. KAS „Economic Talk“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) organisierte am 06. Dezember 2016 in Zagreb eine weitere wirtschaftspolitische Debatte, an der Dr. Ante Žigman, Berater des Gouverneurs der kroatischen Zentralbank; Anton Starčević, Berater des Vorsitzenden der Raiffeisenbank Kroatien, der Vorsitzende der Kroatischen Verbandes der Wirtschaftswissenschaftler, Prof. Dr. Ljubo Jurčić sowie weitere prominente kroatische Wirtschaftsexperten teilnahmen und über das für 2017 erwartete Wirtschaftswachstum und Elemente einer neuen Geld- und Fiskalpolitik diskutierten.

Der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, verwies zu Beginn darauf, dass in Kroatien erste Anzeichen für eine Erholung der Wirtschaft zu erkennen seien. Die Politik der Haushaltskonsolidierung zeige erste Erfolge und die kroatischen Exporte würden wieder zunehmen. Für langfristiges nachhaltiges Wachstum gelte es jedoch weitere Struktur-reformen anzugehen und zu einer stetigeren Wirtschaftspolitik zu kommen.

Der Vorsitzende der Zagreber Initiative und Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaft an der Fakultät für Rechtswissenschaften in Zagreb, **Prof. Dr. Mladen Vedriš**, ermunterte die neue Regierung, ihre Wirtschaftspolitik stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft zu orientieren, um damit mehr ausländische Investitionen zu generieren und auf diesem Wege die Kreditwürdigkeit des Landes zu stärken.

Der Berater des Gouverneurs der kroatischen Zentralbank, **Dr. Ante Žigman**, zeigte dann die unterschiedlichen Wirkungen der Geldpolitik auf das Wirtschaftswachstum und zeigte, dass Kroatien das einzige Land im Vergleich zu den anderen EU-Ländern,

sei, das das Vorkrisenniveau des BIP immer noch nicht wieder erreicht hätte.

Das Wachstum der Exporte und der Dienstleistungen sowie der Überschuss der Leistungs- und Kapitalbilanz erfordere eine Aufrechterhaltung des geldpolitischen Stabilitätskurses. Deflationsrisiken sehe er in Kroatien keine, weshalb die Kroatische Zentralbank auch in 2017 ihre langfristig expansive Ausrichtung der Geldpolitik fortsetzen werde. Aufgrund der unsicheren mittel- und langfristigen finanziellen Entwicklung in der EU, sei eine noch stärkere wirtschaftliche Erholung auf der Basis der eigenen Geldpolitik nicht anzustreben, vielmehr solle man sich bemühen die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft durch Strukturreformen steigern, das Wachstum der Exporte erhöhen und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weiterverfolgen.

Anton Starčević, der Berater des Vorsitzenden der Raiffeisenbank Kroatien, beschrieb dann die Erwartungen, welche an die kroatische Fiskalpolitik in den nächsten Jahren gestellt werden. Kurzfristig gelte es die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen und den Ausstieg aus dem Defizitverfahren anzustreben. Mittelfristig sollte man eine Anhebung der Bonität des Landes um mindestens zwei Punkte auf Investitionslevel anstreben. Langfristig solle man versuchen eine den neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Mitteleuropa vergleichbare Bonität zu erreichen – was bedeuten würde, diese um mindestens fünf Grade zu erhöhen. Dies würde auch den Unterschied zu Renditen anderer Schuldner (Spread) reduzieren. Er verwies auf denkbare strukturelle Veränderungen auf der Ausgabenseite des Haushalts, die allein vom politischen Willen der Legislative abhängen würden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
IVAN MATANOVIĆ

Dezember 2016

www.kas.de/kroatien

Der Vorsitzende des Kroatischen Verbandes der Wirtschaftswissenschaftler, **Prof. Dr. Ljubo Jurčić** erinnerte dann an die im Vergleich zur EU enttäuschenden Wirtschaftsdaten Kroatiens - das dritt-niedrigste BIP pro Kopf, der dritt-niedrigste persönliche Verbrauch, die dritthöchste Arbeitslosenquote und ein geringer Exportanteil im BIP. Nur mit dem Haushaltsdefizit und der Staatsverschuldung liege man im EU-Durchschnitt. Positiv seien der Überschuss in der Leistungsbilanz, die Stagnation der Auslandsschulden und die relativ hohen Devisenreserven. Um die Voraussetzungen für ein langfristiges Wirtschaftswachstum zu schaffen, seien Änderungen in der Finanzpolitik: Steuerreform, Subventionsabbau und eine Reform des öffentlichen Auftragswesens sowie in der Geldpolitik: Zins- und Wechselkurspolitik, sowie Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, erforderlich.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass nur Produktivitätssteigerung in den Bereichen Arbeit und Kapital eine Basis für mehr Wirtschaftswachstum böten. Deswegen sei es notwendig, in der kommenden Legislaturperiode eine stärkere Verzahnung der Industriepolitik mit Technologie und Bildung und der Regionalpolitik mit der Infrastruktur herzustellen und mehr Synergien zwischen der Politik der öffentlichen Finanzen und der Steuerpolitik, der Wechselkurs und Zinspolitik herzustellen.